

Bundesamt für Sport
Herr Markus Feller
Hauptstrasse 245-253
2532 Magglingen

Verein drosera
c/o K. Osterwalder
Habsburgstr. 1
8037 Zürich
www.drosera-web.ch

Zürich, 14.3.2012

Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten; Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrter Herr Feller

Der Verein drosera organisiert massgeschneiderte Anlässe zu diversen Themen rund um die Natur mit Schwerpunkt Botanik. Neben Teamanlässen und mehrtägigen Kursen liegt unser Schwerpunkt auf klassischen Botanik-Exkursionen. Bei allen Anlässen stehen das interaktive Naturerlebnis sowie die teilnehmergerechte Aufbereitung der Inhalte stets im Zentrum. Viel verdienen wir dabei nicht, doch die meisten Anlässe werden mit kleinen Beiträgen entschädigt; ob das als „gewerbsmässige Tätigkeit“ angeschaut werden kann, ist für uns als Laien so schwierig zu sagen.

Die Version Vernehmlassung vom 10.11.2011 der Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten führt jedenfalls nun dazu, dass wir beunruhigt sind, ob dadurch nicht auch unser harmloses naturkundliches Unterwegssein in der Natur unnötigerweise stark eingeschränkt wird.

Die Verordnung ist äusserst unklar; es wird mit den Formulierungen nicht deutlich, ob das Leiten von Exkursionen durch sie betroffen sein wird.

Wir beantragen, den Entwurf der RiskV so von Grund auf neu zu erarbeiten, dass ausschliesslich die eigentlichen Risikoaktivitäten erfasst werden. Denn der vorliegende Entwurf erhöht die Rechtsunsicherheit, während eine Verordnung eigentlich die Rechtssicherheit erhöhen müsste.

Grundsätzliches

Auslöser für Gesetz und Verordnung waren die durch unvernünftiges Vorgehen verursachten Unfälle insbesondere beim Canyoning. Solche Risikotätigkeiten sollen erfasst werden. Nicht aber beliebige Tätigkeiten in der Natur wie geführte Wanderungen im voralpinen Hügelland oder Berggebiet. Natürlich kann es dabei auch zu Unfällen kommen. Wegen solcher theoretisch möglichen Unfälle nun die ganze Naturbildung detailliert regeln zu wollen, kann nicht Sinn der neuen RiskV sein. Genau diese Gefahr besteht nun aber mit vorliegendem Entwurf.

Geltungsbereich und Begriffsdefinitionen

Insgesamt mangelt es sowohl dem Gesetz als auch der Verordnung an einer Systematik, die einer zuverlässigen Einschätzung der Rechtslage und damit der Rechtssicherheit dienlich wäre. So ist unklar, in welchem Verhältnis die bewilligungspflichtigen Tätigkeiten und die geografischen Orte (gebirgiges Gelände, felsiges Gelände sowie Bach- und Flussgebiete) zueinander stehen. Es stellt sich die Frage, ob sämtliche gewerbsmässige Tätigkeiten in jenen Gebieten bewilligungspflichtig sind oder nur, wenn sie in das Tätigkeitsfeld von BergführerInnen, SchneesportlehrerInnen oder KletterlehrerInnen fallen.

Risikoaktivitäten

Wir beantragen, den Geltungsbereich klar einzugrenzen auf Aktivitäten mit deutlichem Risiko analog den Beispielen, die der Gesetzgeber bereits genannt hat. Darunter fallen unseres Erachtens:

- das Unterwegssein im Gebirge, wo zusätzliche Hilfsmittel wie Seile, Pickel, Steigeisen und ähnliches zur Fortbewegung notwendig sind, ausgenommen Klettergärten. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll den Bergführern und Bergführerinnen vorbehalten sein;
- das Unterwegssein in schneebedecktem Gelände bei einer Hangneigung über 30 Grad. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll Bergführern und Bergführerinnen sowie Schneesportlehrerinnen und -lehrern vorbehalten sein;
- Canyoning gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 lit. d). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll Bergführerinnen und Bergführern mit Canyoning-Ausbildung vorbehalten sein;
- River-Rafting gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 lit. e). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs vorbehalten sein;
- Wildwasserfahrten gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 lit. f). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs vorbehalten sein;
- Bungee-Jumping gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 lit. g). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs sowie Bergführerinnen und Bergführern vorbehalten sein.

Sämtliche übrigen Tätigkeiten wie beispielsweise Sommer- und Winter-Wandern und – Trekking (auch in weglosem, aber nicht absturz- oder lawinengefährdeten Gelände) oder Bachbegehungen ohne Hilfsmittel sollen weiterhin ohne Bewilligung gewerbsmässig angeboten werden dürfen, weil:

- sie keine Risikoaktivitäten im Sinne des Gesetzes sind;
- die Natur als Lern-, Bildungs- und Erholungsort weiterhin möglichst frei zugänglich sein soll;
- diverse (Weiter-)Bildungs- und Betreuungsangebote auf den freien Zugang zur Natur angewiesen sind;
- die gesundheits- und entwicklungsfördernde Wirkung von Natur vermehrt anerkannt und genutzt werden soll;

Die Begleitung von Personen in der Natur wird sowohl im Tourismus als auch im Bereich der Bildung und Betreuung in vielgestaltigen Formen gewerbsmässig eingesetzt. Vor diesem Hintergrund erscheint es uns fraglich, ob diese Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit noch verhältnismässig und damit zulässig wäre.

Risikogelände

Wir sind der Überzeugung, dass die Einschränkung von Risikoaktivitäten anhand von bestimmten Merkmalen des Geländes nicht zielführend ist. **Wir beantragen, die Definitionen im Entwurf von Abs. 1 lit. a-c sinnvoll anzupassen.**

In der jetzigen Formulierung werden sämtliche Gebiete ab Bergzone 2 umfasst. Damit würden beispielsweise auch grosse Gebiete der voralpinen Hügellandes und der Voralpen sowie der fast der gesamte Jurabogen unter diese Definition fallen, obwohl nur an ganz wenigen Stellen dieser Gebiete Absturz- oder Abrutschgefahr oder ein erhöhtes Risiko von Steinschlag nach dem RiskG bestehen dürfte. Eine derart umfassende Einschränkung der bewilligungsfrei zugänglichen Gebiete ist nicht mit dem Gesetz vereinbar und nicht verhältnismässig.

Das Gleiche gilt für die Bach- oder Flussgebiete nach Art. 1 Abs. 1 RiskG, wo gemäss Entwurf RiskV faktisch alle Gewässer und ihre weite Umgebung erfasst würden. Auch das ist nicht mit dem Gesetz vereinbar und nicht verhältnismässig. Die eigentlichen Risikoaktivitäten an Gewässern sind mit Art. 2 Abs 1 lit. d-f ausreichend erfasst, so dass hier keine Ausweitung der Aktivitäten an den Gewässern nötig ist.

Schlussbemerkung

Schliesslich möchten wir unserem Unbehagen darüber Ausdruck verleihen, dass sowohl das Gesetz als auch der Verordnungsentwurf nach unserer Einschätzung vorwiegend der Standespolitik, nämlich dem Schutz von Bergführerinnen und Bergführern bzw. Schneesportlehrerinnen und Schneesportlehrern und der von deren Verbänden angebotenen Ausbildungen dient. Würde die in den Kommentaren zu Gesetz und Verordnung erwähnte Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer solcher Angebote im Vordergrund stehen, müssten die nicht gewerbsmässigen Angebote wie beispielsweise diejenigen von Jugend und Sport oder SAC wohl auch in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie unsere Bedenken ernst nehmen und hoffen entsprechende Anpassungen der Verordnung werden vorgenommen.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen



Kaspar Zirfass
Präsident drosera



Koni Osterwalder
Archivar drosera

